

"Die Geschichte ist das Weltgericht." Wer richtet die Geschichte?

I. Geschichtsschreibung ist "interessiert" oder sie interessiert nicht.

In gesellschaftlichen Umbruchssituationen und Krisen wenden sich die Menschen stets mit besonderem Eifer der Geschichte zu. Sie soll helfen, neue Orientierung zu finden, das Geschehen in der Gegenwart zu erklären oder auch nur zu rechtfertigen. Die Gegenwart ist *Gewordensein*, ist Ergebnis von Geschichte, in welcher also der Schlüssel zum Verständnis dieser Gegenwart zu finden sein sollte. Geschichtsbetrachtung bedeutet zugleich *Vergegenwärtigung* von Geschichte, Holen von Geschichte in die Gegenwart, ihre Betrachtung unter den aktuellen politischen und geistig-kulturellen Bedingungen und Bedürfnissen.

Geschichtsauseinandersetzung geschieht immer in Absicht. Wer vorgibt, völlig "neutral und objektiv" sich dem Studium der Geschichte zuzuwenden, der ist unehrlich gegen das Publikum und auch oft gegen sich selbst. Wer aber kein kritisches Bewußtsein für die Subjektivität, die Interessiertheit und Gegenwärtigkeit seiner Geschichtsbetrachtung entwickelt, wird um so sicherer den daraus resultierenden verzerrenden Wirkungen erliegen.

Die gegenwärtige politische und wissenschaftliche Kontroverse über die Geschichte der einen deutschen Nachkriegsrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, ist derart verstellt von politischen Interessen und ideologischen Borniertheiten, daß sie weder für die historischen Wissenschaften noch für die politische Kultur fruchtbare Ergebnisse zu zeitigen vermag. Im Gegenteil, heute wird die DDR-Geschichte nahezu allseits als Steinbruch vernutzt, aus dem die "Klamotten" für den politisch-ideologischen Tageskampf geholt werden. Die Mystifizierung und Verketzerung der DDR und ihrer Geschichte, ihre Verzerrung zur Unkenntlichkeit bestimmen die öffentliche Meinung wie die Wissenschaft. Was zugleich das Pendant gedeihen läßt, die Verklärung. Beide, Verketzerung und Verklärung, sind geistesverwandt und befördern einander.

II. Die "Sieger" verkünden das "Ende der Geschichte".

"Die Sieger schreiben die Geschichte." Ja, aber tun sie dies immer so schlecht? Auch die "Verlierer" schreiben die Geschichte, und sie tun es nicht unbedingt besser. Gibt es überhaupt nach dem Ende des "Kalten Krieges" und des "Grundkonflikts" dieses Jahrhunderts einen Sieger? Zumindest halten sich nicht wenige dafür. Und sie verkünden das "Ende der Geschichte".

Die bürgerlich-kapitalistische Ordnung mit ihren beiden Grundsäulen, der politischen Interessenvermittlung über den Parlamentarismus und der wirtschaftlichen Interessenvermittlung über den Markt, wird von ihnen zur Ultima ratio, zum Ziel der Geschichte erklärt, an dem diese nun angekommen sei. Diese "Endzeitideologie" erinnert frappierend an die sozialistisch-kommunistische Geschichtsphilosophie vom "Ende der Vorgeschichte".

In dieser teleologischen Sicht auf die deutsche Geschichte wird die DDR zum historischem Umweg, zum Abweg von der Vollendung der Geschichte. Dieser Geisteslage vom "Ende der Geschichte" entspringt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung auch der Begriff vom "Unrechtsstaat DDR". Am "Ende der Geschichte" stehen absolute, zeitlose Werte und Maßstäbe, mit denen über alles vorherige Geschehen gerichtet werden kann. War das "Ziel der Geschichte" der Untergang der DDR, so wird logischerweise alles Geschehen, alles Handeln danach "befragt", was es zum Erreichen dieses Zieles beigetragen hat. Damit wird die "Geschichtsaufarbeitung" zur Richtstatt, auf der alles um- und abgewertet wird, was in der Geschichte der DDR nicht auf deren nunmehr eingetretenes Ende hingearbeitet hat. Das ist heute längst keine akademische Frage mehr, kein "Historiker-Streit", sondern bedeutet im sozialen Alltag Diskriminierung und Ausgrenzung von tausenden "staatstragenden", "staatsnahen", "staatsduldenden" Ex-DDR-Bürgern. Diese historische Abwertung und Verketzerung der DDR wird zur willkommenen Legitimationsideologie der Abwicklung und Demontage politischer, wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Strukturen in Ostdeutschland.

Die Idee der Vollendung der Geschichte und das Ideologem "Unrechtsstaat DDR" bilden tragende Momente einer Apologie der bestehenden Gesellschaft, des "parteien-parlamentarischen Rechtsstaates", deren unbekümmerte Borniertheit letztlich nur aus einer trunkenen "Siegerlaune" erklärbar scheint. Genauer betrachtet, haben wir es aber keineswegs nur mit einer kurzsichtigen Siegerlaune zu tun, sondern mit einer ideologischen Trendwende im dominierenden Geschichtsbild der Bundesrepublik. Der Zusammenbruch der DDR und des Realsozialismus haben der konservativen Wende, die bereits seit Ende der 70er Jahre in der BRD voranschreitet, durch die Schwächung und Zerstreuung ihrer Widersacher einen hegemonialen Schub gegeben und zugleich die restaurativ-reaktionäre Tendenz in dieser verstärkt. Die Bestrebungen zur "Revision" des Bildes der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts erhielten neuen Auftrieb. Mit der Reetablierung von antikommunistischen Denkmustern und Kategorien des kalten Krieges im Diskurs über die DDR-Geschichte werden nicht nur differenzierende, liberale und reformdemokratische Sichtweisen zurückgedrängt, sondern verbindet sich zugleich der Versuch einer relativierenden Zurücknahme des Faschismus in die deutsche Geschichte.

Die gegenwärtige Schwäche der geistige Widerstandskraft, welche noch Mitte der 80er Jahre im Historiker-Streit in der BRD stark genug war diesen Geschichtsre-

visionismus erfolgreich zurückzuweisen, erklärt sich nur zum Teil aus der raumgreifenden Borniertheit der Siegermentalität nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Hinzu kommen die massiven Bestrebungen, vermittels des Geschichtsbildes eine nationale Identität für das neue vereinte Deutschland zu stiften. Für diese "nationale Sinnstiftung" gehört die DDR-Geschichte liquidiert und das Dritte Reich neu bewertet. Dieser Geschichtsrevisionismus ist mit seinen beiden Aspekten zu den geistigen Quellen von Rassismus, Nationalismus und Neofaschismus im heutigen Deutschland zu zählen. Die Relativierung und partielle antikommunistische Rehabilitierung des NS-Regimes, seine "Reintegration" in die nationale Geschichte wirkt hier ganz unmittelbar. Aber auch die Stigmatisierung und "Exilierung" der DDR-Geschichte entfaltet Wirkungen in diese Richtung. Dadurch, daß Millionen Ostdeutschen "ihre" Geschichte abgeschnitten wird, verstärkt sich deren Streben nach einer neuen gesamtdeutschen Identität als Basis sozialer Integration derart, daß nationalistische und chauvinistischen Angebote ihnen als Ausweg und Zuflucht erscheinen.

III. Hegemoniale Kraft des konservativen Geschichtsbildes und Legitimationsopportunismus der "Mitsieger".

Das fortschrittlich, liberale und reformorientierte demokratische Denken, das sich einbildete, Konservatismus und deutschnationales Denken in Politik, Kultur und Wissenschaft auf Dauer an den Rand oder an den deutschen Stammtisch verdrängt zu haben, zeigt sich enttäuscht und irritiert. Der demokratische Reformansatz scheint geistig und innen- wie außenpolitisch diskreditiert. Der Sozialstaat wird als kryptosozialistisch demontiert, die demokratischen Reformen des politischen Gefüges, die Demokratisierung von Wissenschaft, Bildung und Kultur sind verbürokratisiert und erschöpft, und die Friedens- und Entspannungspolitik gerät als vermeintlich unzulässiges Zugeständnis an den Kommunismus, als partielle Anerkennung und Stützung der "Unrechtsregimes" ins Zwielficht. Das liberal- und sozialdemokratische Denken findet in dieser Situation kaum Kraft und Courage zum Widerspruch. Es sucht vielmehr durch Rückzug, durch Anpassung und Zugeständnisse an den neuen hegemonialen Zeitgeist zu retten, was zu retten scheint.

So tritt man ein in die große Koalition der Geschichtsverdrängung, wenn auch mit differierenden, aber ebenso legitimatorischen Absichten. Die Totalitarismustheorie wird wieder weitgehend als Basis der Geschichtsbetrachtung akzeptiert, die DDR unter den Begriffen "Diktatur" und "Unrechtsregime" in die Kontinuität Nazi-Deutschlands gereiht. Alles, um eifertig allen Verdächtigungen des konservativen, restaurativen Zeitgeistes dementierend zuvorzukommen.

Die Sozialdemokratie distanziert sich von ihrer "DDR-Geschichte" und schlägt sich nachträglich auf die Seite der DDR-Oppositionellen. Was in jeder Beziehung weniger als die halbe geschichtliche Wahrheit ist. Ihre Ost- und Entspannungs-

politik verteidigt sie eher halbherzig und defensiv, und hinsichtlich ihrer Beziehungen zur SED und zum DDR-Staat spinnt sie Rechtfertigungslegenden. In der politischen Praxis in Ostdeutschland ist ihr "anti-realsozialistischer" Säuberungseifer mitunter noch größer als der konservativen Kollegen.

Auch die grün-alternative Politik schloß sich im Grunde genommen der großen Koalition der "Sieger"-Geschichtsschreibung an, — sicher mit Nuancen und zaghaften Einwänden hinsichtlich des weltgeschichtlichen Eingebundenseins der DDR. Der Anpassungsdruck scheint so übermächtig zu sein, daß eine alternative Geschichtssicht auch bei den Grün-Alternativen keine Chance hat. Dem Willen zum Widerspruch gegen den "Common sense" und die Staatsraison hinsichtlich des geschichtlichen Selbstverständnis scheint dort die Grenze gesetzt zu sein, wo man Gefahr läuft, aus dem neudeutschen "Konsens der Demokraten" ausgeschlossen zu werden und mit den "Sozialisten" auf die schiefe Ebene gesellschaftlicher Ausgrenzung zu geraten. So bedient die grün-alternative Politik fast unkritisch die "Unrechtsstaats/Rechtsstaats"-Apologie, ebenso wie sie der Stasi-Mystifizierung huldigt, ja sogar in Selbstzweifel über die mögliche "Fremdsteuerung" ihrer Deutschlandpolitik gerät. Diese Geschichtssicht hat nichts Alternatives mehr gegenüber dem hegemonialen "mainstream" in der Gesellschaft. Und wenn hier die "Blockflöten" mal schärfer attackiert werden oder dort auf die Kungelei der Herrschenden beider deutscher Staaten verwiesen wird, so ist dies kaum mehr als parteitaktische Variation und berührt den (un)heimlichen Beitritt zur "großen Koalition" keineswegs. Der alte Kampflogan beider Seiten des Kalten Krieges: wer nicht mit uns ist, ist gegen uns, hat in seiner Mächtigkeit offensichtlich so gewonnen, daß er nunmehr gar "Alternative" (ein)bindet.

IV. Bürgerbewegungen/Ost. — Kein Ort nirgends.

Die Bürgerbewegungen der DDR war im Herbst 1989 aufgebrochen unter dem Banner der Gewaltfreiheit und der Toleranz: Die offene Hand allen, die guten Willens für eine Veränderung der schon lange unerträglich gewordenen Realität dieses Landes einzutreten bereit waren. Jene bis dato gesellschaftlich isolierte Opposition gewann mit der Forderung des breiten gesellschaftlichen Dialogs in kurzer Zeit große Resonanz in der Bevölkerung und fand viel Sympathie und Unterstützung auch in Teilen der reformorientierten Kräfte innerhalb der SED. Damit wurden ihre Gegner im Partei- und Staatsapparat zunehmend entwapfnet. Der Euphorie des Beginnens folgte alsbald die Ernüchterung: Die Schaukel-Politik der Modrow-Regierung und ihre Versuche, alte Strukturen insbesondere den Sicherheitsapparat zu retten, die Passivität der PDS gegenüber dieser Politik und die zunehmend versandenden Erneuerungsbemühungen in dieser Partei ließen das Mißtrauen gegenüber der PDS wachsen und sogar Haß breitete sich aus. Das Jahr 1990 machte auch die Bürgerbewegung zu "Verlierern": Die gewendeten Blockparteien gewannen als Statthalter ihrer West-Originale die Macht und übten

nunmehr gemeinsam mit der willfährigen SPD die Herrschaft über die politisch-bürokratischen Apparate wie die Macht über die öffentliche Meinung aus und bestimmten von nun an die politische Kultur.

Warum, so fragte sich mancher Aktivist der kleinen DDR-Opposition, sollte man ebenso "Verlierer" sein wie die Gegner und auch Peiniger von gestern? Einige schlugen sich individuell auf die Seite der vermeintlichen "Sieger". Andere zogen sich ernüchert oder gar resigniert aus der Politik zurück. Und die Verbleibenden wollten dann wenigstens "Verlierer" 1.Klasse sein. Also appellierten sie an den neuen Zeitgeist und forderten "historische Gerechtigkeit".

Für einen Teil der Bürgerbewegungen wurde mit dem rapiden Verlust politischer Wirksamkeit und Perspektiven die Vergangenheit zum wichtigsten Faktor politischer Identität und moralischer Legitimation. Damit breitete sich in ihr die ideologisch begründete Legendenbildung aus. Von der historischen Selbststilisierung hing angesichts des Verfalls der politischen Basis zunehmend öffentliche Akzeptanz und Wirksamkeit ab. Nur eine Minderheit der Bürgerbewegten attackierte die Repräsentanten und Beschöniger alter Herrschaft und Politik (die sie natürlich nicht zuletzt in der PDS finden) ebenso unnachgiebig wie die "Komplizen" dieser Politik auf Seiten der heute Herrschenden.

Für einen anderen Teil der Bürgerbewegungen dominierte von nun an die Anpassung an den parteien- und parlamentsfixierten politischen Geschäftsbetrieb, wobei man den langen Prozeß der Unterwerfung der Grünen unter diesen Betrieb im Eiltempo absolvierte. Prompt wurde die Herausforderung einer Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte an den Kriterien politischer Zweckmäßigkeit und den Randbedingungen des neuen politischen Establishments ausgerichtet.

So geriet die Ex-Bürgerbewegung auf verschiedene Weise immer deutlicher in Gegensatz zum ursprünglichen eigenen Ansatz der Vergangenheitsaufarbeitung und förderte zum Teil entgegen den eigenen Absichten, zum Teil aber auch durchaus absichtsvoll Verdrängung und Blockade im Sinne des "mainstreams". Symptomatisch hierfür ist sowohl, daß der verdienstvolle Kampf um die Öffnung der Stasi-Archive nicht in die erhofften und möglichen demokratischen und emanzipatorischen Impulse mündete, sondern vor allem von den Herrschenden zum Instrument der Durchsetzung von staatlicher Politik gemacht wurde, als auch, daß das Leipziger "Tribunal" keine Alternative zur Enquetekommission bot, welche die institutionalisierte Verwirklichung jener "großen Koalition" der Geschichtsaufarbeitung darstellt. Gab es vor drei Jahren noch den Versuch und auch die Möglichkeit, DDR-Geschichte und Repressionsmechanismen politisch und biographisch aufzuarbeiten und damit Zivilcourage und Widerstandsbewußtsein zu befördern, so haben sich heute offensichtlich durch das meist erfolglose Anrennen gegen die überall emporschießenden Mauern des Schweigens und Verschleierns die Bedingungen für diese Aufarbeitung verändert. Das Wirken der Bürgerbewegung

wurde immer mehr als Hilfsdienst bei der geschichtsideologischen Abrechnung mit der DDR und der Inthronisierung des neuen oder gewendeten Personals genutzt. In dieser Einbindung bleiben die politischen Ansprüche ebenso auf der Strecke wie der emanzipatorische Vorsatz, mit der Geschichtsaufarbeitung die Strukturen von Herrschaft, Unterordnung und Integration nicht nur in der DDR-Gesellschaft, sondern auch in der heutigen offenzulegen. Hinter den öffentlichen Attacken gegen Personen, der Abforderung von öffentlichen Schulbekenntnissen und von symbolischer Demonstration von Reue verschwand die Problematisierung von Macht und Herrschaft, die nicht einfach nur in der abstrakten Ablehnung jeglicher Geheimdienste liegt. Wer eine gesellschaftliche Atmosphäre der pauschalen Ausgrenzung, von politischen Strafgerichten und ideologisch motivierten Säuberungsaktionen fördert, erzeugt Verdrängung und macht die Bürger durch die diffuse Bedrohung mit Schuld und Beschuldigung klein, unsicher und manipulierbar, statt die Herrschafts- und Unterordnungsverhältnisse für den Einzelnen durchschaubar zu machen und seine Fähigkeit zur Selbstbestimmung zu stärken.

V. PDS. Zwischen Anspruch, Blockade und Restauration.

Sich kritisch und selbstkritisch, offen und öffentlich mit der Geschichte des Sozialismus, der Geschichte von SED und DDR, sowie der eigenen politischen Biographie auseinanderzusetzen, galt in der PDS lange unbestritten als ein wesentlicher Faktor der proklamierten Erneuerung der Partei und als Bedingung demokratisch-sozialistischer Politikbildung. Das Bekenntnis zur Annahme der eigenen Geschichte, der Wille, Schuld und Verantwortung zu tragen, der Wille zu einem offenen und ehrlichen Umgang mit der DDR-SED-Geschichte bildeten Grundsäulen des Gründungskonsens der PDS. Sich nicht aus der eigenen Vergangenheit und der Verantwortung stellen zu wollen und zu können, war ein entscheidendes Argument gegen die Auflösung der SED und für den Übergang in die PDS. Zwischen Anspruch und Realität klaffte notwendigerweise eine große Lücke, die jedoch anfänglich einen produktiven Widerspruch erzeugte und vom Willen zur Erneuerung, vom Willen, den Anspruch einzulösen, überbrückt wurde.

Trotz zahlreicher Aktivitäten auf allen Ebenen der Partei, trotz vieler erbitterter Debatten, einer Reihe von Konferenzen und permanenter Willensbekundungen ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte in der PDS in den Ansätzen versandet. Damit hat aber die PDS selbst zur fast ungebrochenen Hegemonie jenes verzerrenden Geschichtsbildes über die DDR in der Öffentlichkeit beigetragen. Die Geschichtsaufarbeitung scheiterte in der PDS an einer teils instinktiven teils absichtsvollen Blockade.

Diese Blockade kennt viele Gesichter, nur als Blockade tritt sie nie auf. Es werden Berge von Vorbehalten gegen eine konsequent kritische Analyse der Geschichte aufgehäuft, alle in der Absicht, die Kritik abzublocken oder wenigsten

zu mildern. Und es stößt sich kaum einer daran, daß viele dieser Einwände bekannte Stereotype der SED-Propaganda zur Unterbindung von Kritik und Offenheit waren.

- ★ Nicht ablenken lassen wolle man sich von den "eentlichen" politischen und sozialen Problemen "unserer Bürger". Hinter diesem Ablenkungsversuchen stecke natürlich der politische Gegner (früher Klassenfeind genannt), der uns die Diskussion und seine Maßstäbe aufdrängen wolle.
- ★ Gegen die Kritik konkreter geschichtlicher Zusammenhänge wird die demagogische Phrase von der "umfassenden und allseitigen Geschichtsbetrachtung" wiederbelebt, die den Weltzusammenhang und die internationale Klassenkampfsituation berücksichtigen müsse und neben den "schlechten" auch die "guten Seiten" nicht vergessen dürfe. Einerseits und andererseits, und überhaupt hängt alles zusammen... Das bedeutet *oft* eine Absage an jede an das Wesen der Dinge gehende Analyse.
- ★ Die "Legitimität des Versuchs einer Alternative" möchte man verteidigen, aber ohne die Frage aufzuwerfen, ob es überhaupt eine Alternative war. Wer anders kann einen geschichtlichen Versuch "legitimieren", als dieser sich selbst durch seine Praxis? Nicht die vorgestellten Motive, nicht das man etwas tut, sondern was man tut, kann doch der Gegenstand geschichtlicher Rechtfertigung sein, oder? Doch diese Kritik wird in der PDS oft als entsolidarisierend und delegitimierend scharf attackiert.
- ★ Die Geschichte wird entsubjektiviert: Sie geschah eben. Da kam es zur "Stalinisierung" ("Fehlentwicklungen"), gab es Menschenrechtsverletzungen und Machtmißbrauch usw.. Sofern überhaupt Subjekte in dieser Geschichtssicht vorkommen, sind es abstrakte: "DIE", "WIR", "die Partei", "die Staatsführung". Keine konkrete Verantwortung, keine Konsequenz. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte an dem Handeln von Personen wird ausdrücklich abgelehnt. Wo es keine Verantwortung gibt, gibt es keine Verantwortlichen, wo keine konkrete Schuld auch keine Schuldigen.
- ★ Zugleich wird aber vor Pauschalisierungen gewarnt, vor unzulässigen Rückschlüssen von einzelnen Erscheinungen auf das Ganze. Die Absichten und Ansätze, das System und die Strukturen "an sich" werden vor der Hand aus Kritik genommen, sie seien nicht mit dem "Fehlverhalten" von Personen und Gruppen zu identifizieren.
- ★ Und überhaupt seien die gesellschaftlichen Verhältnisse heutzutage nicht zu einem offenen und öffentlichen Umgang mit der Geschichte geeignet. Der Gegner würde sich für die naive Selbstentleibung bedanken. — Die "Wahrheit" soll mal wieder auf bessere Zeiten warten, weil sie heute dem Gegner (Klassenfeind) nutze?

Diese Blockade einer radikal kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist in der PDS eine allgegenwärtige Erscheinung. Sie ist nicht zentral verordnet oder gewollt. Sie entspringt der tradierten Denken der großen Mehrheit der Mitglieder. Zum einen sind in ihren Reihen viele "alte Genossen" die ein oft auch unter Entbehrungen gelebtes Leben, das sie von Entwertung bedroht sehen, legitimerweise verteidigen. Und zum anderen ist die PDS die größte politische Vereinigung vormals staatstragender Kräfte der untergegangenen Macht. Sie wehren sich auch gegen eine pauschale Abwertung ihres bisherigen Lebens, und zugleich kämpfen sie gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung aus der jetzigen Gesellschaft, gegen die Entwertung ihres Wissens, ihrer Qualifizierung und ihrer sozialen Stellung. Sie fühlen sich von einer offenen und schonungslosen Kritik angegriffen, oft nicht zu unrecht. Gerade sie wenden sich deshalb gegen eine personbezogene Konkretisierung und gegen Öffentlichkeit, denn sie haben dabei immer auch die eigene Biographie vor Augen.

Die PDS hat sich mit ihrem Anspruch offensichtlich selbst überfordert. Was lag näher, als den Anspruch zu demontieren, zurückzunehmen. Diese schrittweise Demontage des Anspruchs nennen wir Restauration. Sie gewinnt seit Mitte 1991 in der PDS unübersehbar an Boden. Sowohl die Debatten um den sogenannten "MfS-Beschluß" als auch die innerparteilichen Reaktionen auf den Putschversuch in Moskau signalisierten erstmals massiv diese Tendenz.

Restauratives Denken gibt es in der PDS seit ihrer Entstehung aus der SED. Nur, damals dominierten Anspruch und Wille zur Erneuerung. So gewann drängende linke Kräfte einen Einfluß in der Partei, der ihnen rein numerisch nicht zukam. Das alte Denken war bis auf die Knochen blamiert und so öffneten viele Mitglieder, die Partei weiterführen wollten, sich neuen, ungewohnten sozialistischen Gedanken. Viele paßten sich aber diesen auch nur an, weil sie unter dem unmittelbaren Eindruck des Zusammenbruch nichts entgegensetzen wußten. Die PDS lebte politisch über ihre wirklichen Verhältnisse. Ihre oft weitgreifenden Dokumente und Beschlüsse waren "Wechsel" auf die Zukunft.

Der Kredit, den die Erneuerung von großen Teilen der Mitgliedschaft vorgeschossen bekam, ist aufgebraucht. Die Sprachlosigkeit des alten Denkens ist zu Ende. Die Verhältnisse interpretiert es als Bestätigung alter parteikommunistischer Dogmen und Ideologeme. Vielfach artikuliert es wieder Führungs- und Monopolansprüche, oft ganz im alten Stil. Und diejenigen, welche aus Rücksicht auf verbreitete Gefühle und Ressentiments in der Mitgliedschaft die offene kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte, die notwendige rücksichtslose Selbstkritik halfen zu "deckeln", haben diese restaurative Tendenz in der Partei, vor der sie jetzt erschrecken, selbst heraufbeschworen.

Die Restauration erfaßt in der PDS alle Politikfelder, in der Geschichtsdebatte wirkt sie nur am unmittelbarsten und tritt als solche auch in Erscheinung. Statt

rücksichtsloser kritischer Analyse des zusammengebrochenen Systems streitet man heute vor allem für die Legitimität des Versuchs. Während man sich 1989/90 beim Volk der DDR für dessen Ausführung entschuldigte. Damals wollte man auch noch Verantwortung annehmen und Verbrechen sühnen, heute pocht man in der PDS überlaut auf die staatliche Souveränität der DDR und besteht darauf, daß allein deren Gesetze Maßstab jeglichen Urteils sein dürften. Das ist formal juristisch auch richtig, nur in dem man versucht mit dem Rückzug auf die "Legalität" die Frage der politischen und moralischen Verantwortung abzublocken, vermengt man selbst die juristische mit der politischen Aufarbeitung der Geschichte. Was es der hegemonialen Interpretationsmacht erleichtert, die politische Auseinandersetzung mit der Geschichte in eine juristische Form zu kleiden.

Restauration bedeutet Wiederauferstehung des bornierten "poststalinistischen" Freund-Feind-Klassenkampfgestus der SED-Ideologie und eine zur "Siegermentalität" komplementäre "Verlierermentalität". Für "Sieger" und "Verlierer" geht der kalte Krieg weiter, findet das alte Wertesystem seine Festigkeit zurück. So verschiebt sich auch zusehens das Verständnis der Wende in der DDR: Wer hätte 89/90 die Bürgerbewegung des Herbstes 89 als Konterrevolution titulieren können, ohne einen Proteststurm auszulösen. Heute gilt dies in der PDS wieder als diskutabile Position. Und umgekehrt, was würde einem Genossen heute entgegenschallen, wenn er mit Blick auf den Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR von Befreiung sprechen oder die SED als "reaktionäre Partei" bezeichnen würde.

Die restaurativ-reaktionäre Richtung in der PDS attackiert heute offen den überstürzten und eilfertigen "Gegenstalinismus" der Anfangszeit und betreibt historischen Revisionismus bezüglich der Stalinzeit. Nicht unberechtigt registriert sie, daß sich in der PDS die Stimmungen zu ihren Gunsten verschieben. Sie setzt deshalb auch in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen auf Zeitgewinn. Diese extrem konservative, restaurative Strömung am rechten Rand der Partei ist bezeichnend, aber nicht typisch für die hier benannte allgemeine Restaurationsbewegung in der PDS. Diese wird vom "mainstream" der Partei getragen und hat mit einer neostalinistischen Revision wenig im Sinn. Selbst die "DDR-Nostalgie" ist mehr Verklärung denn ernsthafte Restaurationsabsicht. Ihr restaurativer Charakter besteht in der Rückkehr zum "poststalinistischen Denken", zu einem Welt- und Politikverständnis, das zwar eine Abkehr vom "Stalinismus" in seinen extremen Erscheinung (Personenkult, Terror usw.) wollte, aber nicht seine kritische Überwindung durch die radikale Kritik seiner Substanz und Wurzeln zulassen konnte, weil es die vermeintlich bodenlosen Konsequenzen fürchtete.

VI. Geschlagen wird ein Beschluß ...

Neben Restauration und Blockade gibt es in der Geschichtsdebatte der PDS auch heute noch den Anspruch auf eine offene und konsequent kritische Aufarbeitung

der Geschichte, nur die Gewichte haben sich in den letzten eineinhalb Jahren zu deren Ungunsten verschoben. Bezeichnend hierfür ist die derzeitige Debatte um den sogenannten "Stasi-Beschluß" des Bundesparteitages aus dem Juni 91.

Der Widerstand gegen den sogenannten "MfS-Beschluß" ist in der PDS nicht neu. Nach dem es nicht gelang seine Annahme zu verhindern, (es fehlte nicht an Bemühungen, die Initiatoren von seiner Einreichung abzubringen), wurde er nur selten offen bekämpft, aber vielfach stillschweigend sabotiert oder einfach ignoriert, und zwar auf allen Ebenen der Partei. Was nicht ausschließt, daß er auch gleichzeitig in einigen Gliederungen der PDS bewußt und selbstbestimmt angewandt wurde.

Die Gegnerschaft gegen den Beschluß beruht *überwiegend* nicht auf Erfahrungen mit seiner Umsetzung, sondern auf einer ideologischen und oftmals ganz persönlich motivierten Abwehrhaltung gegen die in ihm gesehene oder vermutete politische und geistige Richtung. *In der jetzigen Debatte wird der Beschluß geschlagen, gemeint ist aber ganz anderes.*

Es geht nicht mehr nur um einen Beschluß, sondern um die Geschichtsaufarbeitung und das dominierende Geschichtsbild in der PDS schlechthin und damit um die politisch-geistige Grundorientierung und die politische Zukunft der Partei. Die gegenwärtige Auseinandersetzung um den "MfS-Beschluß" wird zu einem politisch-geistigen "Offenbarungseid" für die PDS. Sie steht vor ihrem Schatten und muß springen, oder straucheln. Oder versucht sie sich wieder durchzumogeln?

Berlin, 10.12.92

Thomas Barthel, Thomas Klein, Michail Nelken, Thomas Nord, Marion Seelig, Harald Wolf, Steffen Zillich